

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 14. April 1960

Nummer 16

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte April 1960

### Die internationale Situation

Der wirtschaftliche Aufschwung in der westlichen Welt in den letzten zwölf bis fünfzehn Monaten hat weitgehend unter dem Einfluß der günstigen Auswirkungen der zunehmenden Liberalisierung des Welthandels und des internationalen Zahlungsverkehrs gestanden. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation — verdeutlicht vor allem am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens — zeigt aber, daß die Fortschritte noch immer nicht groß genug sind, um eine gleichmäßige Ausnutzung der Produktionsfaktoren in den verschiedenen Volkswirtschaften und damit ein stetiges wirtschaftliches Wachstum der westlichen Welt insgesamt zu ermöglichen.

Das konjunkturelle Klima in den Vereinigten Staaten von Amerika steht mehr und mehr im Zeichen einer fast alle Bereiche erfassenden Nachfragedämpfung. So blieben auch im Monat Februar, wie schon im Monat Januar, die Auftragseingänge der verarbeitenden Industrie wieder hinter ihren Auslieferungen zurück, so daß die Unternehmen erneut eine Reduzierung ihres Auftragsbestandes zu verzeichnen hatten. Unter diesen Umständen wird es immer fraglicher, ob die Unternehmer ihre Investitionen so erhöhen werden, wie sie es noch Anfang des Jahres geplant hatten.

Die den amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt kennzeichnende Entspannung ist ebenso Ausdruck einer geringeren Kreditnachfrage der Wirtschaft wie einer Lockerung des bisher verfolgten restriktiven Kurses des Federal Reserve Systems. Ehe aber die Wohnungsbautätigkeit von diesem Tendenzwandel profitieren wird, dürfte einige Zeit verstreichen. Die Geldgeber sind zur Anlage ihrer Mittel in Hypotheken ja immer erst dann bereit, wenn sie damit rechnen, daß die Verflüssigung am Kapitalmarkt anhält. Hinzu kommt, daß auch die öffentlichen Stellen, deren Aufgabe es ist, den Wohnungsbau durch Rückkaufzusagen für gewährte Hypotheken zu stützen, zur Zeit nur über wenig Mittel verfügen. Und gerade der auf diese Weise öffentlich ge-

förderte Wohnungsbau hat die stärksten Rückgänge zu verzeichnen. Erfreulich ist in der gegenwärtigen Situation dagegen die anhaltende Zunahme der amerikanischen Exporte. Hier hat sich eine echte Erleichterung der Zahlungsbilanzlage angebahnt, die es den Vereinigten Staaten erlauben dürfte, den restriktiven Kurs ihrer Geld- und Kreditpolitik, der so gar nicht mehr mit ihrer binnenwirtschaftlichen Entwicklung harmoniert, endgültig aufzugeben.

Im Gegensatz zu den gedämpften Konjunkturaussichten in den USA steht die auf Grund der jüngsten Daten erwartete leichte Beschleunigung der Zuwachsrates der Gesamtnachfrage in Großbritannien. Die Befürchtung, daß eine Steigerung der realen Nachfrage im Jahre 1960 um 5 bis 6 vH — gegenüber 4 vH im Vorjahr — das Produktionspotential Großbritanniens überfordern könnte, wird nur dann verständlich, wenn man der britischen Vorstellung folgt, daß sich im laufenden Jahr keine größeren Produktivitätsfortschritte mehr erzielen lassen. Im längerfristigen Durchschnitt, d. h. zwischen 1954 und 1959, ist die volkswirtschaftliche Effizienz je Beschäftigten in Großbritannien jährlich nur um 1,5 vH, 1959 dagegen um fast 4 vH gestiegen. Wenn auch die Möglichkeiten, die Produktivität durch eine bessere Auslastung der Kapazitäten zu steigern, geringer geworden sind, so dürfte der Spielraum für Produktivitätsfortschritte doch größer sein als vielfach angenommen wird. Nach einem kontinuierlichen Anstieg der industriellen Produktion bis zum Januar 1960 hat der industrielle Ausstoß im Monat Februar erstmals stagniert. In einzelnen Industriezweigen hat die Erzeugung unter einem Mangel an Arbeitskräften gelitten. Gleichzeitig hat es aber in anderen wichtigen Industriezweigen noch an der Nachfrage gefehlt, die einen höheren Ausstoß hätte bewirken können. Ob sich in einer solchen Situation allgemein restriktive Eingriffe empfehlen, ist fraglich. Die Gefahr, daß die Investitionsneigung der Wirtschaft hierdurch beeinträchtigt wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Eine rege Investitionstätigkeit ist in Großbritannien aber gerade im Hinblick auf die Knappheit der Arbeitskräfte und

die unerläßliche Steigerung der volkswirtschaftlichen Effizienz notwendig.

Eine unter Umständen erforderlich werdende Entlastung seines Binnenmarktes könnte Großbritannien durch ein vermehrtes Auslandsangebot — etwa mit Hilfe einer vorübergehenden Aussetzung von Zöllen — anstreben. Obwohl die britischen Währungsreserven keinen akuten Anlaß zu Besorgnissen geben, scheint doch die Furcht der offiziellen Stellen vor einem möglichen Verlust an Währungsreserven zu groß zu sein, als daß sie sich entschließen könnten, Einfuhren auf diese Weise anzuregen.

Unterschiedlicher Inflationsdruck in den am Welthandel beteiligten Volkswirtschaften wurde lange Zeit für die Zahlungsbilanzungleichgewichte und die dadurch genährte unausgeglichene Verteilung der Währungsreserven verantwortlich gemacht. Die letzten Jahre haben nun nicht nur eine weitgehende Umverteilung der Währungsreserven gebracht, auch ist es den führenden Industrieländern gelungen, annähernde Preisstabilität zu verwirklichen. Jetzt wendet sich die Aufmerksamkeit, nicht zuletzt bedingt durch die Entwicklung in Großbritannien, der Frage zu, ob die Ausstattung der westlichen Welt mit internationaler Liquidität ausreichend ist, um den Volkswirtschaften die Bewegungsfreiheit in ihrer Wirtschaftspolitik zu geben, die es ihnen erlaubt, die vorhandenen Möglichkeiten einer zusätzlichen Warenbereitstellung auszuschöpfen und damit Übersteigerungstendenzen entgegenzuwirken.

#### Westdeutschland

Wie erwartet, hat die Frühjahrsbelebung in der westdeutschen Wirtschaft kräftig eingesetzt. Daß sie diesmal auch sehr frühzeitig begann, lag daran, daß in diesem Jahr sehr günstige Bedingungen für eine relativ frühe Verstärkung der Bautätigkeit (Winterbau, milde Witterung im Februar) vorlagen. Bei im ganzen weiterhin sehr ausgeprägter Expansion von Nachfrage und Erzeugung haben sich allerdings in jüngster Zeit die schon seit einigen Monaten zu beobachtenden Tendenzen zur Differenzierung der wirtschaftlichen Aktivität fortgesetzt.

Da die Zunahme der Bestelltätigkeit des Handels bei den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien seit Ende des vergangenen Jahres nicht unerheblich nachläßt, hat sich der Abstand zwischen der Expansion der Auftragseingänge bei den Verbrauchsgüterindustrien einerseits und dem nach wie vor sehr kräftigen Wachstum der Aufträge in den Investitionsgüterindustrien andererseits merklich erweitert. Die konjunkturelle Entwicklung im Frühjahr wird daher noch eindeutiger als der auch durch die Lageraufstockung geförderte Aufschwung im letzten Herbst durch die Auftriebskräfte im Bereich der Investitionsgüterindustrien getragen. Dementsprechend konzentrieren sich die Diskrepanzen zwischen Nachfrage und Angebot gegenwärtig im wesentlichen auf diesen Bereich und dessen vorgelagerte Stufen. Obwohl die Investitionsgüterindustrien immer noch über nennenswerte Produktivitätsreserven verfügen und die Erzeugung im Verlauf des letzten halben Jahres beträchtlich ausdehnen

konnten, gehen die Auftragseingänge nach wie vor erheblich über die jeweiligen Auslieferungen hinaus. Demgegenüber hat sich das Preisklima in den letzten Monaten wieder gemildert; das Niveau der industriellen Erzeugerpreise, das sich im Herbst etwas erhöht hatte, ist seit Dezember nahezu stabil geblieben.

Angesichts der lebhaften Bestelltätigkeit der inländischen Investoren und des Auslandes rechnen die für die Konjunktur- und Währungspolitik verantwortlichen Stellen vorerst mit anhaltend scharfen, die Preisstabilität gefährdenden Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage im Investitionsgüterbereich. Ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen gehen daher dahin, diesen Tendenzen noch mehr als bisher durch eine Dämpfung der Nachfrage zu begegnen. Nun pflegen aber erfahrungsgemäß Auftragshaussen von solcher Intensität, wie sie seit Herbst vergangenen Jahres zu beobachten sind, nur von vergleichsweise kurzer Dauer zu sein. Zwar dürfte jener Teil der Investitionsgüternachfrage, der sich an der längerfristig zu erwartenden Entwicklung des Sozialprodukts und der Arbeitsmarktlage orientiert, auch weiterhin durchaus nennenswerte Zuwachsraten aufweisen. Für die Beurteilung des konjunkturellen Klimas und konjunkturtherapeutischer Fragen ist jedoch weniger dieser harte Kern der Investitionsgüternachfrage entscheidend als vielmehr jene zusätzliche Nachfrage, die von kurzfristigen Erwartungen sowie von psychologischen Momenten abhängt und oft unerwartet ihre Richtung ändert. Angesichts der Labilität dieser „weichen“ Nachfrage nach Investitionsgütern darf keineswegs ohne weiteres aus dem bisherigen boomartigen Verlauf der Investitionsgüternachfrage auf anhaltende oder sogar sich verschärfende Spannungen im weiteren Verlauf des Jahres geschlossen werden. Auf Grund der bisher vorliegenden Angaben über die zu erwartende Entwicklung der Masseneinkommen ist ebenfalls nicht mit starken Spannungen im Verbrauchsgütersektor zu rechnen. Vielmehr spricht schon jetzt alles dafür, daß zumindest in den strukturell benachteiligten Bereichen das gegenwärtig kräftige Wachstum der Erzeugung nicht durch eine entsprechende Zunahme der Endnachfrage gerechtfertigt werden wird.

Aber selbst dann, wenn ein Wandel im konjunkturellen Klima von den verantwortlichen Stellen rascher als etwa im Jahre 1956 erkannt würde und dies eine entsprechende Änderung der bisherigen restriktiven Konjunkturpolitik nach sich zöge, würde die erstrebte Entlastung aller Wahrscheinlichkeit nach zu spät kommen. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die neuen Maßnahmen durch die erst dann, d. h. verspätet, wirksam werdenden Maßnahmen der bisherigen Restriktionspolitik überschattet werden. Denn die entscheidenden Wirkungen einer im wesentlichen auf die monetäre Restriktion abgestellten Konjunkturpolitik bestehen im allgemeinen nicht, wie beabsichtigt, in der Beeinflussung des aktuellen konjunkturellen Geschehens, sondern sie werden erst mit erheblicher Verzögerung in vollem Umfang spürbar und sind dann keineswegs so rasch reversibel zu machen, wie es erwünscht wäre. Möglicherweise werden sie sich also gerade erst in einer Phase durchsetzen, in der eine ohne-

hin schon bestehende Abschwächung der Nachfrage unnötig intensiviert würde, ohne daß damit auch schon die Gewähr für eine Verhinderung von Preissteigerungen gegeben wäre. Die Erfahrung zeigt jedenfalls, daß von einer zeitlichen Parallelität von allgemeiner Preissteigerung und Nachfragehaushalt nur selten gesprochen werden kann und daß der Einfluß von Schwankungen der Investitionsnachfrage auf die Preisentwicklung im allgemeinen zu gering und zu wenig direkt ist, um Restriktionsmaßnahmen, wie sie bislang üblich waren, als erfolgversprechend und vertretbar erscheinen zu lassen.

Obwohl die Auftragshausse in Westdeutschland nunmehr schon fast ein Jahr andauert, hat sich

das Niveau der industriellen Erzeugerpreise bislang kaum erhöht. In dem für die Geldwertstabilität relevanten Bereich der Lebenshaltungskosten ist das Preisniveau in den letzten Monaten sogar, wenn auch geringfügig, gesunken. Auslösender Faktor von Preissteigerungen in der bisherigen Entwicklung in Westdeutschland waren in den meisten Fällen Änderungen auf der Kostenseite und auch preispolitische Eingriffe der öffentlichen Hand. Gerade die von der Kostenseite her bedingten Preiserhöhungen wurden in der Regel zu einem Zeitpunkt durchgesetzt, in dem sich die Marktlage bereits tendenziell zuungunsten der Anbieter, d. h. in Richtung auf Käufermärkte, gewandelt hatte.

## Die Investitionsquote der mitteldeutschen Industrie

Die Berechnung und der Vergleich von Investitionsquoten geben, wie kürzlich an dieser Stelle am Beispiel der westdeutschen und sowjetischen Industrie gezeigt wurde<sup>1)</sup>, brauchbare Hinweise zur Analyse der Anlagen- und Produktionsentwicklung in Ländern verschiedener Wirtschaftsformen und -struktur.

Für die mitteldeutsche Industrie lassen sich für eine Anzahl von Jahren Investitionsquoten — das heißt die Aufwendungen für Bauten und Ausrüstungsanlagen im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoproduktionswert —, die mit westdeutschen Zahlen vergleichbar sind, trotz gewisser Lücken der statistischen Berichterstattung ebenfalls mit für einen Vergleich hinreichender Genauigkeit berechnen. Der Umfang der industriellen Investitionen ist ohne sonderliche Schwierigkeiten zu ermitteln<sup>2)</sup>. Auch für die industrielle Bruttoproduktion stehen amtliche Zahlen zur Verfügung, teils (für die Jahre 1951—1955) zu sogenannten Meßwerten und teils zu Planpreisen, die den effektiven Betriebspreisen von Anfang 1955 entsprechen, und ferner liegen wenigstens für einzelne Jahre (1956 und 1958) auch die Werte zu

effektiven Betriebspreisen vor. Da weiterhin eingehendere Angaben für die volkseigene Industrie gemacht wurden, lassen sich die Quoten auf verschiedenen Wegen errechnen und gegenseitig kontrollieren.

Da die Produktionszahlen in allen Fällen die „Produktionsabgaben“ nicht enthalten, der Investitionsaufwand jedoch einschließlich Produktionsabgaben und zu Tagespreisen gemeldet wird, ist eine gewisse Preisbereinigung erforderlich<sup>3)</sup>. Die Vergleichbarkeit mit westdeutschen Zahlen wird dadurch erleichtert, daß die Produktionsabgaben im Investitionsgüterbereich ähnlich hoch liegen wie die von der westdeutschen Industrie getragenen Steuern, und weiterhin können durch entsprechende Zuschläge zu den Produktionszahlen der einzelnen Industriezweige die zu errechnenden Quoten mit den westdeutschen Quoten vergleichbar gemacht werden.

Bei der Entwicklung der mitteldeutschen Investitionen fällt besonders ins Auge, daß die Durchschnittsquote im Jahre 1951 zu Beginn des ersten Fünfjahrplans also, der eine Periode forcierten Aufbaues kapitalintensiver Grundstoffproduktionszweige einleitete, etwas höher war als in Westdeutschland<sup>4)</sup>, im Jahre 1955 nach dem

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 11/1960.

<sup>2)</sup> Das „Statistische Jahrbuch der DDR 1958“ gibt für die Industrie Zahlen für die Jahre 1956 — 1958, die allerdings die vergleichsweise geringfügige Investition in der privaten Industrie aus Eigenmitteln und Krediten nicht enthalten. Die Zahlen müssen ferner ergänzt werden durch die Ergebnisse von Neuberechnungen, die sich aus den „Vierteljahreshften zur Statistik“ und der „Statistischen Praxis“ ergeben. Für vorangegangene Jahre können die Werte mit Hilfe der an anderen Stellen genannten Zuwachsraten ermittelt werden.

<sup>3)</sup> Siehe dazu auch Wochenbericht des DIW Nr. 9/1960.

<sup>4)</sup> Der Anteil der Industrieinvestition an der Gesamtinvestition hat in Mitteldeutschland nach den amtlichen Angaben allerdings höher gelegen als in Westdeutschland. Ein weiteres unterscheidendes Faktum ist, daß die Zahl der Beschäftigten in Mitteldeutschland von 1950 — 1955 nur um 19 vH, in Westdeutschland aber um 37 vH gestiegen ist.

Investitionsquoten der mitteldeutschen Industrie nebst westdeutschen Vergleichszahlen  
in vH<sup>1)</sup>

	1951	1955	1956	1957	1958 <sup>2)</sup>	1959
Grundstoffindustrie einschl. Bergbau und Energie . . . . .	·	14,7 (12,6)	·	·	23,7 (10,1)	·
Investitionsgüterindustrie . . . . .	·	3,3 (5,2)	·	·	4,2 (4,4)	·
Verbrauchsgüterindustrie . . . . .	·	1,9 (3,8)	·	·	2,6 (3,8)	·
Nahrungs- und Genussmittelindustrie . .	·	2,1 (2,6)	·	·	2,9 (2,7)	·
Gesamte Industrie . . . . .	6,9 (6,2)	5,9 (7,2)	8,2 (6,6)	8,6 (6,2)	9,0 (6,0)	9,0
Anteil der Bauinvestitionen . . . . .	· (26,2)	33,6 (23,1)	· (24,3)	· (22,2)	· (21,7)	<sup>3)</sup> 29,1
Zuwachs an industrieller Bruttoproduktion in jeweils auf die angegebene Investition folgenden Jahren . . . . .	16,1 (18,2)	6,3 (7,7)	7,6 (5,0)	11,3 (3,2)	12,3 (6,2)	·

<sup>1)</sup> Auf Basis westdeutscher Preise von 1955. In Klammern westdeutsche Vergleichszahlen. — <sup>2)</sup> Aufteilung auf die einzelnen Zweige nach Planzahlen. — <sup>3)</sup> Planzahl 1960.

Investitionsstopp des neuen Kurses aber merklich hinter ihr zurückgeblieben ist. Die trotzdem insgesamt etwas stärkere Produktionszunahme während dieses Zeitraumes ist vermutlich eine Folge des etwas späteren Einsetzens des industriellen Wiederaufbaues, in dessen erster Phase relativ niedrige Produktionszahlen hohe Investitionsquoten ergaben und gleichzeitig hohe Zuwachsraten der industriellen Produktion, weil noch unausgenutzte Produktionskapazitäten vorhanden waren, die mit geringem Investitionsaufwand in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnten.

Das Heraufschneiden der Investitionsquote im Jahre 1956 mit dem Beginn des zweiten Fünfjahrplans geht eindeutig auf die außergewöhnliche Erhöhung der Investitionsaufwendungen — von 1955 auf 1956 um 46 vH — für die Industrie zurück. Daß die Produktionsausweitung dem Wachstum des Investitionsaufwandes zunächst nicht voll entsprach, liegt daran, daß die erhöhten Investitionen in erster Linie den Industriezweigen mit relativ hohem Kapitalbedarf zugute kamen.

Im Grundstoffbereich hat z. B. die mitteldeutsche Investitionsquote schon im ersten Fünfjahrplan höher gelegen als die westdeutsche Quote, in allen anderen Bereichen dagegen beträchtlich niedriger. In den Jahren von 1955 bis 1958 ist die Investitionsquote der Grundstoffindustriestruktur nochmals ganz beträchtlich angestiegen, während sich die Quoten in den übrigen Industriezweigen nur zögernd den westdeutschen Quoten annähern. Die Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion (1955—1958) aber hat im Grundstoffbereich nicht höher gelegen als die der gesamten Industrie, so daß der Anteil der Grundstoffindustrien an der gesamten Industrieproduktion nach wie vor nur 28 vH gegenüber 36 vH in Westdeutschland beträgt.

Soweit die Angaben des neuen Siebenjahrplans 1959—1965 erkennen lassen, wird die gegenwärtige durchschnittliche Investitionsquote annähernd beibehalten werden. Der geplante Zuwachs der Bruttoproduktion entspricht jedenfalls ebenso wie der Zuwachs der geplanten Investition bei gleichmäßiger Weiterentwicklung Jahresdurchschnitten von jeweils etwa 9,5 vH. Dabei wird auch der hohe Anteil der Investition in den Grundstoffindustrien beibehalten werden, während der Anteil der Investitionsgüterindustrien zugunsten der Verbrauchsgüterindustrien leicht zurückgehen soll<sup>5)</sup>.

Dieser Aspekt der Investitionsplanung ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die Unterschiede der Investitionsquoten von Grundstoff-

und Investitionsgüterindustrien auf der einen und der Verbrauchsgüterindustrien auf der anderen Seite noch wesentlich krasser sind als in der Sowjetunion. Man ist also in Mitteldeutschland offensichtlich bemüht, die gegenwärtige Anlagenstruktur der Industrie weiterhin zugunsten der Grundstoffindustriestruktur — insbesondere der kapitalintensiven Energieversorgung — zu verbessern, wahrscheinlich orientiert an sowjetischen Vorstellungen über die wünschenswerte Industriestruktur mit ihrem stärkeren Gewicht im Grundstoff- und Investitionsgüterbereich gegenüber den Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien. Einer solchen Investitionspolitik kommt allerdings die Tatsache entgegen, daß in Mitteldeutschland aus früherer Zeit verhältnismäßig große, wenn auch zum Teil veraltete Produktionskapazitäten im Verbrauchsgütersektor vorhanden sind.

Im übrigen entspricht die Höhe der mitteldeutschen Investitionsquote schon heute etwa der der Sowjetunion. Sie liegt zwar 1958 etwa 50 vH höher als die westdeutsche Quote, während sie in der Sowjetunion nach Bereinigung der Unterschiede durch die voneinander abweichenden Preissysteme nur etwa 34 vH höher gelegen hatte. In Mitteldeutschland ist jedoch der Bauanteil an der gesamten industriellen Investition wesentlich größer gewesen als in Westdeutschland, und zwar wohl nur zum kleineren Teil als eine Folge der damals im Bau befindlichen großen neuen Kombinate und zum größeren Teil wegen ungewöhnlich hoher Baukosten. Die Ausrüstungsinvestitionen allein haben im Jahre 1958 nur etwa 6,3 vH des industriellen Bruttoproduktionswertes betragen gegenüber 4,7 vH in der Bundesrepublik, haben also nur um etwa 34 vH höher gelegen. Im einzelnen wie im ganzen hat sich also auch die mitteldeutsche Investitionspolitik seit dem Ablauf des ersten Fünfjahrplans immer weiter der der Sowjetunion angenähert.

Die ungewöhnlich hohen industriellen Fortschrittsraten der beiden letzten Jahre sind vielleicht nur dadurch erzielt worden, daß in beiden Jahren Anlagen, deren Baubeginn weiter zurückliegt, produktionswirksam geworden sind. Zuwachsraten in ähnlicher Höhe sind daher für die kommenden Jahre möglicherweise nicht mehr zu erwarten. Bei dem äußerst knappen Arbeitskräftepotential sind sie vorwiegend vom technischen Fortschritt, das heißt unter anderem vom Investitionsaufwand abhängig. Eine gewisse Unsicherheit über die weitere Entwicklung scheint auch die mitteldeutsche Verwaltung zu beherrschen, die sich bisher noch nicht hat entschließen können, ihren Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1960 der Öffentlichkeit vorzulegen. Angesichts des geplanten hohen Investitionsaufwandes spricht aber kaum etwas gegen die Möglichkeit, Durchschnittszuwachsraten, wie sie der Siebenjahrplan enthält, auch tatsächlich zu erreichen.

<sup>5)</sup> Vom Gesamtinvestitionsaufwand der Industrie sollen auf Grundstoffindustriestruktur im Jahre 1960 73,4 vH, im Jahre 1965 73,3 vH entfallen, auf die Investitionsgüterindustrien in den gleichen Jahren 14,2 vH und 11,6 vH. Siehe „Einheit“, Heft 11/1959.



